Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag: Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße. — Fernsprecher Nr. 2448, 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a, Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Hedemannstraße 25, Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: 1eb mm Höhe 8 mm breit kosten für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg. Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel, und Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg., für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg., Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 1 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt — Sonntag, den 4. Dezember 1927 — 76. Jahrgang. Nr. 1248

Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Über die Regensburger Vereinbarungen schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz:

Die Regensburger Vereinbarungen zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum wollen mehr bezwecken, als die bloße Herstellung einer freien Arbeitsgemeinschaft der beiden Fraktionen im Reichstag, sie wollen mehr sein, als ein Wahlabkommen, mehr als ein Burgfriedensschluß. Die Verständigung ist auf eine große Hoffnung gegründet, auf die Hoffnung des allmählichen geistigen Zusammenwachsens der beiden Parteien. Nur daraus kann die innere Einheit als Grundvoraussetzung einer politischen Einheit, erwachsen. Der gemeinsame Aufruf spricht von einem ersten Schritt zu solchem Ziel. Damit ist das Ziel der organisatorischen Abmachungen gekennzeichnet. Dieser erste Schritt wäre aber nicht möglich gewesen, wenn die von der Einheitsidee erfaßten Geister in beiden Parteilägern seit längerer Zeit nicht schon ein gutes Stück des Weges über den Anfang hinaus zusammengegangen wären. Das Trachten nach der Einheit entspring, der Erkenntnis, daß die geistig-politische Lage des deutschen Volkes eine Neuerweckung und Stärkung der den beiden Parteien gemeinsamen Urkräfte notwendig macht.

Es war richtig und klug, daß der erste Schritt der äußeren Annäherung sich auf Abmachungen beschränkt, die die Selbständigkeit und Freiheit der beiden Reichstagsfraktionen und natürlich erst recht der beiden Parteien gewahrleisten. Nichts könnte dem Wachstum des Einheitsgedankens mehr schaden, als übereilte oder gar mit einem Zwang verbundene Maßnahmen einer äußeren Einigung. Die Befolgung solcher Klugheit wird auch in der Zukunft notwendig sein. Die geschaffenen Formen der Zusammenarbeit genügen vollkommen, wenn nur die inneren Voraussetzungen vorhanden sind. Wären sie nicht vorhanden, dann wären selbst die Regensburger Vereinbarungen ein übereiltes Beginnen.

So uneingeschränkt man sich in den Reihen der Bayerischen Volkspartei zu den getroffenen Abmachungen bekennt, so freudig man diesen Schritt zur Einigung begrüßt, so stark lebt auch in der Bayerischen Volkspartei die Überzeugung, daß die Existenz einer selbständigen Bayerischen Volkspartei auch weiterhin eine Notwendigkeit ist. Nichts könnte die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien mehr stören, als die Meinung die Wiederherstellung der politischen Einheit zwischen den beiden Parteien mache eine Partei überflüssig.

Die Vereinbarungen sollen der Förderung gemeinsamer praktischer Politik dienen. Die nunmehr herzustellende Arbeitsgemeinschaft im Reichstag beruht auf praktischen Bedürfnissen und wird nach praktischen Erfolgen beurteilt werden. Von einer Voraussetzung wird das Gedeihen der Zusammenarbeit in großen wichtigen politischen Fragen in erster Linie abhängen. Die Bayerische Volkspartei tut diesen Schritt in festem Vertrauen darauf, daß die Behandlung des bayerischen Problems als Teilstück der nach Lösungen drängenden innerdeutschen Frage dadurch keine Schädigungen, sondern eine Förderung erfährt. Die Regensburger Vereinbarungen, wenn sie wirklich der erste Schritt einer hoffnungsreichen Entwicklung sein sollen, müssen nunmehr auch die bayerische Frage wieder mehr in den Bereich der Mitverantwortung der föderalistischen Politik des Zentrums ziehen. Die Bayerische Volkspartei, einig mit der überwältigenden Mehrheit des bayerischen Volkes, will, daß Bayern, wie auch eine staatsrechtliche Neuordnung im Deutschen Reich aussehen mag, ein Staat bleiben, nicht nur ein Scheinstaat, sondern ein Land mit wirklichen staatlichen Eigenschaften. Das gleiche wollen unsere württembergischen und unsere badischen Freunde für ihre Länder. Der Führer der deutschen Zentrumspartei, Reichskanzler Dr. Marx, hat sich in München feierlich für die Achtung dieses Staatswillens verpflichtet. Wir wissen, daß im Norden und im Westen des Reiches, wo sich das Zentrum um das Reichsproblem bemüht, die Verhältnisse vielfach anders liegen, als in Süd- und auch im Mitteldeutschland. Eine auf den Grundlagen föderalistischer Tradition aufbauende Zentrumspolitik muß aber von den gegebenen, nicht etwa nur historischen, sondern stark lebendigen Tatsachen ausgehen, die den deutschen Süden im engeren und im weiteren Sinn zu einem nicht zu überredenden und nicht zu bezwingenden Gegenspieler gegen die unitaristischen Bestrebungen für alle Zeiten machen.

Es liegt im Wesen der getroffenen Abmachungen und im Wesen einer freien parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft, daß sie keine parteiprogrammatischen Vereinbarungen notwendig machen. Auf der anderen Seite setzt das Gelingen einer stetigen Zusammenarbeit in großen politischen Fragen eine fortschreitende Verständigung auf allen großen Gebieten der Politik voraus. Diese Verständigungsarbeit muß aus der Praxis herauswachsen. Hier eröffnet sich für den guten Willen ein großes Feld der Betätigung, denn es hieße den Kopf in den Sand stecken, wollte man leugnen, daß sich die Uebereinstimmung in den Fragen, die die Weltanschauungspartei unmittelbar berühren, sich nicht auf alle politischen Probleme erstreckt. Die Achtung vor den in den Regensburger Vereinbarungen geschaffenen Tatsachen und vor den darin gesteckten Zielen verpflichtet aber dazu, daß Meinungsäußerungen zwischen den beiden Parteien in Zukunft im Geiste der Freundschaft und im Bewußtsein der in den letzten Dingen immer vorhanden gewesenen inneren Einheit ausgetragen werden.

Einigung im Dresdner Eisenbahnerstreik.

tu **Berlin**, 3. Dez. **Wie die Telegraphen-Union erfährt, haben die gestern in den späten Nachtstunden abgebrochenen und heute vormittag wieder aufgenommenen Einigungsverhandlungen zwischen den beiden Kommissaren der Hauptverwaltung der Reichsbahn und Vertretern des Einheitsverbandes der Eisenbahnarbeiter in Dresden zu einer Einigung geführt.**

Das Anerbieten des Landesschlichters, die Schlichtung zu übernehmen, ist dadurch überflüssig geworden. Über die erzielte Einigung wurde ein Communiqué ausgegeben, wonach die Einigung unter Voranstellung der Interessen der deutschen Wirtschaft erzielt worden ist. Da entgegen Darstellungen in der Presse Sabotageakte nicht vorgekommen sind, konnte von Disziplinierungen abgesehen werden. Der Dienst wird sofort wieder aufgenommen. Reichsbahndirektionen und Gewerkschaften werden in beiderseitigem Einvernehmen über alle noch ausstehenden Fragen verhandeln.

Der Landtag wieder beschlußunfähig.

‡ **Berlin**, 3. Dez. Der Preußische Landtag erwies sich auch heute wieder bei der namentlichen Abstimmung über einen Antrag, der die Aufhebung der Gebühren für die Feuerbestattung forderte, als beschlußunfähig. Die Rechtsparteien und das Zentrum hatten gegen den Antrag gestimmt. In einer sofort angesetzten neuen Sitzung wurde die Beratung der Tagesordnung fortgesetzt.

Keine Studentenrechtsdebatte.

‡ **Berlin**, 3. Dez. Im Preußischen Landtag wurde heute auf deutschnationalen Antrag die auf der Tagesordnung stehende große Anfrage der deutschnationalen Fraktion, die sich gegen die bekannte Verordnung des preußischen Kultusministers über die Neuregelung des Studentenrechts an den preußischen Hochschulen wendet, von der Tagesordnung abgesetzt. Ein neuer Zeitpunkt für die Beratung der Großen Anfrage wurde noch nicht festgesetzt.

Abschluß der Tagung der Abrüstungskommission.

Wiederzusammentritt am 15. März.

Die Ereignisse in Genf haben sich noch mehr überstürzt, als man beim Beginn der Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission ohnehin erwartete. Schon am ersten Tage ist faktisch die formelle Tagesordnung erschöpft gewesen und die Sensation, die der russische radikale Abrüstungsvorschlag erbrachte, erschöpft. Das Sicherheitskomitee hat sich konstituiert und der fixe Benesch hatte auch bereits ein Arbeitsprogramm in der Tasche.

So ganz unter der Hand wollte er dann versuchen, offenbar einem englischen oder französischen oder gemeinsamen englisch-französischen Auftrag gemäß, die eigentliche Abrüstungs-Konferenz ein bißchen zu verschleppen. Denn er meinte bei seinen Ausführungen über die Arbeit des Sicherheits-Komitees, es sei wichtig, wenn dieses Komitee seine nächste Tagung am 20. Februar nächsten Jahres abhalte, die Vorbereitenden Abrüstungs-Kommission aber erst nach der Märztagung des Völkerbundsrates zusammentreten würde.

Dr. Benesch ist schwerlich selbst von dieser „Zweckmäßigkeit" überzeugt, stieß dabei auf ebenso selbstverständlichen wie energischen Widerstand des Grafen Bernstorff, der die Forderung verbrachte, in der Vorbereitenden Abrüstungs-Kommission selbst über deren nächste Zusammenkunft zu entscheiden. Benesch gab nach, aber schon der bloße Versuch zeigt, wie berechtigt die Befürchtungen gewesen sind, die von dem neuen Sicherheitskomitee eher einen nachteiligen als einen fördernden Einfluß erwarteten. Es besteht zweifellos Neigung, besonders bei den Franzosen, sich dieser Institution zu dem Zwecke zu bedienen, um die Arbeiten der Vorbereitenden Kommission nach Möglichkeit zu hemmen und alternativ bald das Sicherheitsproblem, also das neue Komitee, bald die technischen Fragen der Abrüstungsvorbereitung, also den Vorbereitenden Abrüstungs-Ausschuß gegeneinander auszuspielen. Des wäre garnicht so schwer, wenn man auf Seiten der wirklich abrüstungswilligen Mächte nicht auf der Hut wäre und jeden derartigen Schachzug rechtzeitig verhinderte.

Die diesmalige Tagung der Vorbereitenden Abrüstungs-Kommission wird eine ergebnislose bleiben. Um so wichtiger ist es, daß die nächste, eine wirkliche Arbeitstagung, so rasch als möglich anberaumt wird, und sich der Aufgabe ernstlich annimmt, an Stelle des unbrauchbaren und kunterbunten Elaborats, das die Mai-Sunitagung erbracht, ein vernünftiges Schema für die eigentliche Abrüstungs-Konferenz zu setzen. Dreierlei muß immer wieder festgestellt werden: 1. Daß die Völkerbundsmächte sich moralisch und formell verpflichtet haben, im Laufe des nächsten Jahres die große Abrüstungs-Konferenz abzuhalten; 2. daß der Vorbereitende Abrüstungs-Ausschuß keinerlei andere Aufgaben hat, als die Aufstellung eines Arbeitsschemas und die Vorbereitung des technischen Materials für diese Konferenz; und 3. daß die Schaffung des Sicherheits-Komitees eigens und ausdrücklich zu dem Zwecke geschehen ist, um die Sicherheitsfrage aus dem Rahmen der Vorarbeiten auszuschalten, so daß auf Grund des bestehenden Maßes von Sicherheit schon jetzt mit einer wirklichen Abrüstungsarbeit begonnen werden kann. Nachdem auf der Septembertagung des Völkerbundes die Sabotierung der Abrüstung mit Hilfe der angeblich unzulänglichen Sicherheit mißlungen ist, ist das Bestreben, das neue Sicherheitskomitee für neue Intriguen zu mißbrauchen, sicherlich vorhanden; es wird aber auf die Wachsamkeit und das aufrichtige Abrüstungs-Interesse stoßen, das auf deutscher Seite und auf Seiten vieler anderer Mächte vorhanden ist.

*

‡ **Genf**, 3 Dez. **(Tel.)** Die heutige Vormittagssitzung der Abrüstungs-Kommission begann, wie erwartet, mit einer äußerst lebhaften Debatte über die Einberufung der Kommission für die zweite Lesung des Konventionsentwurfes. Nach einem kurzen Bericht des Präsidenten des Sicherheitsausschusses, Benesch, über die gestrigen Verhandlungsergebnisse, in denen als Datum für den Zusammentritt des Sicherheitsausschusses der 20. Februar genannt wird, brachte Litwinow folgenden Antrag ein:

„Die Abrüstungs-Kommission beschließt, daß eine sofortige Weiterführung der Abrüstungsarbeiten stattfinden soll und die Abrüstungskommission zum 10. Januar 1928 einberufen werden soll. Die Abrüstungs-Kommission weist hierbei ausdrücklich auf den komplizierten Charakter der Probleme hin, die jetzt vor dem Sicherheitsausschuß aufgetaucht sind und auf die unvermeidliche Langsamkeit, mit der diese Arbeiten durchgeführt werden. Andererseits gewährt die Lösung des Abrüstungsproblems die gegenseitigen Garantien für die Sicherheit, und erfordert infolgedessen keineswegs eine Diskussion noch eine Lösung derjenigen Probleme, die jetzt im Sicherheitsausschuß zur Verhandlung gelangen sollen. Aus diesem Grunde beschließt die Abrüstungskommission, daß weder die Behandlung der Abrüstungsprobleme noch das Datum des Zusammentritts der Abrüstungskommission in irgend einer Weise von den Arbeiten des Sicherheitsausschusses und deren Resultate abhängig gemacht werden darf."

Litwinow wies zur Begründung seiner Erklärung darauf hin, daß die Abrüstungskommission zum Beginn ihrer Tagung ausdrücklich festgestellt hätte, der Sicherheitsausschuß und die Abrüstungs-Kommission hätten parallel nebeneinander zu arbeiten.

Darauf wurde vom Präsidenten Loudon die Debatte über den sowjetrussischen Antrag eröffnet, in der sich zunächst keiner der Delegierten zum Wort meldete. Nach einiger Zeit ergriff sodann Graf Bernstorff das Wort und erklärte, **die deutsche Delegation unterstütze den sowjetrussischen Antrag in bezug auf das Datum der Einberufung der Kommission.** Die deutsche Delegation habe stets den Standpunkt vertreten, daß der Beschluß der Völkerbundsversammlung vom September über eine möglichst baldige Einberufung der Abrüstungs-Konferenz die Basis der gesamten Abrüstungsverhandlungen zu bilden hätte. Er erbat sodann eine kurze Pause, um einen Zusatzantrag zu dem sowjetrussischen Antrag formuliert einbringen zu können.

Gegen den russischen Antrag wandte sich der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch, der erklärte, es handele sich hierbei nicht um eine Frage des Prinzips, sondern lediglich um eine praktische Angelegenheit. Der sowjetrussische Antrag stehe im Gegensatz zu den Beschlüssen der Völkerbundsversammlung und werfe die gesamten bisher eingeschlagenen Methoden der Abrüstungsverhandlungen um. Die Diskussion wurde sodann vom Präsidenten auf kurze Zeit unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung ergriff Graf Bernstorff noch einmal das Wort zu einer längeren Erklärung, in der er noch einmal den deutschen Standpunkt präzisierte. Nach der Auffassung der deutschen Regierung habe die Abrüstungskommission die Aufgabe, alle notwendigen Vorarbeiten zu treffen, um ein Abrüstungsschema auszuarbeiten, damit die Abrüstungskonferenz noch im Jahre 1928 zusammentreten könne. Eine Verschiebung der zweiten Lesung des Konventionsentwurfes auf einen weiterliegenden Zeitpunkt würde bedeuten, daß die Einberufung der Konferenz im Jahre 1928 völlig undurchführbar wäre. Graf Bernstorff hob hervor, er habe bereits mehrfach auf die juristischen und moralischen Verpflichtungen hingewiesen, die die übrigen Staaten gegenüber dem völlig abgerüsteten Deutschland trügen. Diese Schuldnerschaft der anderen Mächte gegenüber Deutschland sei mehrfach anerkannt worden. Es handele sich aber gegenwärtig ausschließlich um das Prinzip des Völkerbundes. Wenn die Abrüstungskommission nicht so schnell wie möglich ihre Arbeiten ohne jede Rücksichtnahme auf die Verhandlungen im Sicherheitsausschuß durchführen würde, dann würden die Beschlüsse der Völkerbundsversammlung über die Einberufung der Abrüstungs-Konferenz nicht erfüllt werden. **Das Prinzip des Völkerbundes stehe auf dem Spiel. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt fordere unbedingte Durchführung der Abrüstungsarbeiten. Der Völkerbund habe bereits jetzt an Prestige verloren, weil die Abrüstungsverhandlungen sich so lange hingezogen hätten.** Graf Bernstorff legte dann einen Antrag vor, der sich mit geringfügigen Abänderungen dem Resolutionsentwurf Litwinows anpaßt, ohne jedoch hierbei ein Datum für die Einberufung der Abrüstungs-Kommission vorzuschlagen.

In der Debatte ergriffen dann zunächst der schwedische Delegierte Hennings und der englische Delegierte Lord Cushendun das Wort. Beide betonten, daß es hierbei um praktische und nicht um eine prinzipielle Frage handele. Der schwedische Delegierte richtete einen Appell an die Kommission, sich nicht von neuem auf weitgehende theoretische Diskussion einzulassen, sondern die Verhandlungen jetzt ausschließlich auf die Frage der Einberufung der Konferenz zu konzentrieren. Lord Cushendun bantragte, den russischen Antrag abzulehnen und einen möglichst naheliegenden Zeitpunkt für den Zusammentritt der Abrüstungskommission festzusetzen.

Graf Bernstorff ergriff dann noch einmal das Wort. Er erklärte, er sei an strikte Instruktionen seiner Regierung gebunden, und müsse daher nach wie vor darauf hinweisen, **daß die Einberufung der Abrüstungskonferenz im Jahre 1928 unter allen Umständen erfolgen müsse.** Die Abrüstungskommission habe tatsächlich jetzt die Entscheidung darüber zu fällen, ob die Einberufung der Konferenz für 1928 möglich sei oder nicht. Eine Verschiebung der zweiten Lesung würde ohne jeden Zweifel die Einberufung der Konferenz für 1928 unmöglich machen.

In längeren Ausführungen nahm dann Paul Boncour zu den deutschen Anträgen Stellung. Der französische Delegierte wies darauf hin, daß das Abrüstungsproblem untrennbar mit den Erörterungen der Sicherheitsgarantien verbunden sei. Dies sei eine Tatsache, die nicht zu leugnen wäre. Zur Diskussion ständen gegenwärtig zwei Fragen, erstens die Frage des Datums. Hierauf beantragte Paul Boncour, daß die Entscheidung zur Einberufung der Abrüstungskonferenz dem Büro überlassen werden solle. Dies sei eine Frage, die nur vom Büro zu lösen sei. Zweitens handele es sich um die so viel angefochtene These der Abhängigkeit der Abrüstungsverhandlungen von der Sicherheitsfrage. Über dieses Thema sei bereits auf den bisherigen Tagungen eingehend verhandelt worden. Nur die Anwesenheit der Sowjetdelegation veranlasse ihn, darauf hinzuweisen, wie müde man in der Kommission dieser Diskussion sei. Zum Schluß richtete Paul Boncour einen Appell an die Kommission, wegen der Frage des Datums nicht das ganze Werk der Abrüstung zu kompromittieren. Er sei gleichfalls der Ansicht, daß die Einberufung der Abrüstungskonferenz im Jahre 1928 durchaus möglich sei, jedoch nur dann, wenn die nächste Tagung der Abrüstungs-Kommission nicht scheitere. Sie müßte aber scheitern, wenn nicht die genügenden Vorbereitungen getroffen worden seien.

Die Abrüstungs-Kommission setzte nach langwieriger Debatte gegen die Stellungnahme des sowjetrussischen Delegierten **die Einberufung der Abrüstungs-Kommission zu der zweiten Lesung des Liquidationsentwurfes auf den 15. März fest.** Der Vorschlag auf Einberufung auf den 15. März ging von dem Präsidenten Loudon aus, der ausdrücklich feststellte, daß, falls alles gut gehe, die Abrüstungs-Konferenz noch am Schlusse des Jahres 1928 zusammmentreten könne. Litwinow lehnte den Vorschlag des Präsidenten ab. Es liege keinerlei Veranlassung vor, die zweite Lesung nicht bereits am 10. Januar vornehmen zu lassen. Graf Bernstorff schloß sich dem Antrage des Präsidenten Loudon an, jedoch mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß nach der Erklärung des Präsidenten die Einberufung der Konferenz vom technischen, allgemeinen, nicht vom politischen Gesichtspunkte für den Schluß des Jahres 1928 möglich sei. Ohne Abstimmung stellte der Präsident Loudon fest, daß die Kommission die zweite Lesung am 15. März abhalten werde.

Mit einer kurzen Schlußansprache wurde sodann die Tagung der Abrüstungs-Kommission für geschlossen erklärt.

Besprechung Briand-Litwinow?

‡ **Genf**, 3. Dez. **(Tel.)** In den späten Abendstunden des gestrigen Freitags hat eine Zusammenkunft zwischen Paul Boncour und Litwinow stattgefunden, in der, wie von französischer Seite mitgeteilt wird, Paul Boncour Litwinow den Vorschlag gemacht hat, seinen Aufenthalt in Genf um einige Tage zu verlängern. Man bringt den neuen Vorschlag Paul Boncours mit dem auf französischer Seite bestehenden Wunsch in Zusammenhang, ein Zusammentreffen zwischen Briand und Litwinow in Genf noch vor Beginn der Ratstagung herbeizuführen. Briand wird in Genf am Samstag abend oder Sonntag früh erwartet. Ob Litwinow der französischen Anregung folgen wird, steht zur Stunde noch nicht fest. In der Abendunterredung mit Paul Boncour hat Litwinow ferner die Mitteilung gemacht, daß die sowjetrussische Delegation ursprünglich beabsichtigte, auf dieser Tagung der Abrüstungs-Kommission eine Erklärung abzugeben, nach der die Moskauer Regierung grundsätzlich bereit sei, mit denjenigen Staaten Nichtangriffsverträge abzuschließen, die dazu ihre Bereitwilligkeit erklärten. Infolge der Kürze der Diskussion sei es der sowjetrussischen Delegation nicht möglich gewesen, diese Erklärung abzugeben. Sie beabsichtige jedoch, ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Abschluß von Nichtangriffs-Verträgen auf der nächsten Tagung der Abrüstungs-Kommission bekanntzugeben.

Die Russen reisen Montag ab.

♂ **Genf**, 3. Dez. **(Tel.)** Die sowjetrussische Delegation hat, wie mitgeteilt wird, ihre bisherigen Dispositionen geändert, und ihre Abreise zunächst für Montag vormittag festgesetzt. Der endgültige Zeitpunkt der Abreise steht noch nicht fest, jedoch wird die Abreise kaum vor Montag erfolgen. Man schließt allgemein hieraus, daß entscheidend für diese Änderung der Disposition die Absicht ist, am Sonntag ein Zusammentreffen mit Briand herbeizuführen, mit dem jetzt allgemein gerechnet wird. Auf eine Unterredung mit Chamberlain soll die russische Delegation verzichtet haben.

Abreise Chamberlains nach Genf.

w **London**, 3. Dez. Minister des Auswärtigen, Chamberlain, ist heute mit den Mitgliedern der britischen Delegation nach Genf abgereist.

Woldemaras in Berlin.

tu **Berlin**, 3. Dez. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras ist heute vormittag in Berlin eingetroffen. Er wird bereits heute nachmittag nach Genf weiterreisen. Zu seinem Empfang hatten sich einige Herren der litauischen Gesandtschaft eingefunden.

☛ **Die heutige Ausgabe umfaßt 24 Seiten.**

Die Dynastie Bratianu.

(Von unserem Balkanberichterstatter.)

e **Bukarest**, 28. November.

Die Promptheit, mit der nach dem Tode Jonel Bratianu sein jüngerer Bruder Vintila Bratianu die Nachfolge als Regierungschef und zugleich auch als Führer der liberalen Partei in Rumänien angetreten hat, erinnert nur zu sehr an den bekannten Ausruf: „Le roi est mort vive le roi!" In der Tat kann man von einer „Dynastie Bratianu" in Rumänien sprechen, besonders heute, wo Rumänien zwar einen sechsjährigen Knaben zum König hat, der aber nicht regiert; auch der aus Greisen zusammengesetzte Regentschaftsrat regiert nicht; es regiert wieder ausschließlich die Dynastie Bratianu, nachdem es Jonel Bratianu noch vor kurzer Zeit gelungen war, den Einfluß der Königinwitwe Maria vollkommen in den Hintergrund zu drängen.

Der verstorbene Jonel Bratianu war auch keineswegs der Begründer der Dynastie. Dies war schon sein Vater, Joan Bratianu, der in den 60er Jahren der vergangenen Jahrhunderts sich um die Staatswerdung Rumäniens und um die Abschüttelung des türkischen Joches die größten Verdienste erworben hat. Sein Aufstieg war zum großen Teile der Weg eines Märtyrers; er mußte vor den Türken wegen seiner revolutionären Umtriebe nach Paris flüchten; nach Rumänien zurückgekehrt wurde er zunächst in den Kerker und dann in ein Irrenhaus gesteckt. Wieder in Freiheit gesetzt, begünstigte er besonders stark die Wahl des Hohenzollern Carol zum Herrscher in Rumänien. Das Verhältnis zwischen Carol und dem ersten Bratianu war ein überaus gutes und inniges und hatte zur Folge, daß Joan Bratianu nicht weniger als 40 Jahre lang das Staatsruder Rumäniens lenken konnte.

Sein Sohn Jonel Bratianu hat das Werk und die Tendenzen seines Vaters bekanntlich nicht fortgesetzt. Er war es, unter welchem Rumänien von der Seite der Zentralmächte sich abspaltete; und nachdem König Carol die Augen geschlossen hatte, gelang es ihm, sogar mit Hilfe der Königin Maria, einer gebürtigen englischen Prinzessin, Rumänien vollkommen auf die Seite der Entente zu bringen. Dieser Schachzug erwies sich für Rumänien als erfolgreich, das Land gewann bekanntlich einen riesigen Gebietszuwachs auf Kosten Ungarns und Rußlands; und nach Friedensschluß wurden günstige Ansätze zu einer Agrarreform und zu einer Einführung des allgemeinen Stimmrechtes sichtbar. Um jene Zeit allerdings begann der Stern der Bratianus in Rumänien etwas zu verblassen und Königin Maria erschien als die tatsächliche Herrscherin. Diese Frau war von Ehrgeiz erfüllt, sie verheiratete ihre beiden Töchter mit den Königen von Jugoslawien und Griechenland und dachte noch voriges Jahr daran, Rumänien in den Rang eines Kaiserreiches emporzuheben, um es zur Vormacht unter den Balkanstaaten und zur Schutzmacht der orthodoxen Kirche zu erheben. Dieser Plan scheiterte an dem Widerspruch Mussolinis und Griechenlands. Größeren Abbruch noch machte der rumänische Hohenzollerndynastie das Verhalten des Konprinzen Karol, der sich in seinem Selbstständigkeitsstreben weder von seiner Mutter, noch von Bratianu beeinflussen lassen wollte. Seine verschiedenen Liebesaffären sowohl vor wie nach seiner Verheiratung mit Prinzessin Helena von Griechenland boten Bratianu einen willkommenen Anlaß um Konprinz Karol durch ein besonderes Gesetz der Thronfolge für verlustig erklären zu lassen. Daß König Ferdinand kurz vor seinem Tode die von Bratianu lancierten Worte gesprochen haben soll: „Karol ist ein fauler Zweig der Dynastie, er muß abgeschlagen werden" stellte sich allerdings als eine plumpe Erfindung Bratianus heraus.

Noch bevor König Ferdinand von Rumänien gestorben war, gelang es Bratianu mit fabelhafter politischer Virtuosität seinen Widersacher, den General Averescu, aus dem Sattel zu heben. Averescu wurde von Prinz Stirbey, einem Günstling der Königin Maria abgelöst; als König Ferdinand gestorben war, wurde der Regentschaftsrat eingesetzt, bestehend aus dem 82jährigen Patriarchen Miron, dem 80jährigen Präsidenten des Obersten Gerichtshofes Buzdugan und aus dem 24jährigen Bruder des verstorbenen Königs Ferdinand, Prinz Nicolaus. Diese Regentschaft war bei Volk und Armee äußerst unbeliebt, Königin Maria mußte sich nach einer Unterstützung umsehen und fand sie in Jonel Bratianu, der aber schon im Verlaufe von wenigen Monaten den Einfluß der Königin-Witwe vollkommen in den Hintergrund zu rücken verstand. Wieder herrschten die Bratianus ungeschmälert in Rumänien; allerdings nicht ohne Anwachsen der Opposition. Wohl waren Regentschaftsrat und Königin-Witwe ausgeschaltet, aber der erilierte Kronprinz Carol, der in einem Landhaus bei Paris wohnt, begann sich zu rühren und fand auch bei der oppositionellen Bauernpartei starke Resonanz. Jonel Bratianu wurde nervös und beging einige Fehler: so verbot er der oppositionellen Bauernpartei die Abhaltung ihres Parteitages in Karlsburg, auch ließ er den ehemaligen Staatssekretär Manuilescu, der als Sendbote Kronprinz Carols nach Rumänien gekommen war, verhaften und ihm den Prozeß machen. Manuilescu aber wurde freigesprochen; und Bratianu verlor die Courage die beabsichtigte Verhaftung der Oppositionsführer durchzuführen. Ende November wurde er von einer tückischen Krankheit hingerafft.

Sein schwieriges Erbe trat sein jüngerer Bruder Vintila Bratianu an; die Stimmung im rumänischen Volke atmet gegenwärtig arge Unzufriedenheit, die Wirtschaftslage ist ungünstig. Versuche eine Auslandsanleihe zu bekommen scheiterten, die rumänischen Staatsbahnen sind in einem jammervollen Zustande, staatliche Maßnahmen für die Volksgesundheit oder soziale Wohlfahrt fehlen vollkommen; zum großen Teile erstickt das öffentliche Leben an Willkür und Korruption. Immer stärker wird der Ruf nach einer starken Hand, immer weiter wird der Anhang des Kronprinzen Karol. Doch hat man bisher eine Zuspitzung der Situation auf beiden Seiten vermieden in dem Bewußtsein, daß der Ausbruch eines Bürgerkrieges dem lauernden Rußland eine allzuleichte Gelegenheit für die Rücknahme Bessarabiens bieten würde. So ist es zu erklären, daß nach dem plötzlichen Tode Jonel Bratianus die Verhältnisse in Rumänien noch friedliche, wenn auch äußerst gespannte sind. Der Hauptkampf spielt jetzt zwischen Vintila Bratianu als Führer der liberalen Partei und Maniu als Führer der oppositionellen Bauernpartei. Diese hat kürzlich ihre Forderungen wie folgt formuliert: Abänderung des Wahlgesetzes. Die Bestimmung, daß derjenigen Partei, die die relative Mehrheit der Stimmen erhält, die absolute Mehrheit der Parlamentsmandate zugesprochen wird, muß aus dem Gesetz gestrichen werden. Auflösung des Parlaments und Ausschreibung von Neuwahlen auf Grund des neuen Wahlgesetzes. Die neue Regierung muß sofort Verhandlungen zur Aufnahme einer großen Auslandsanleihe einleiten, die für den Uebergang zur Goldwährung verwendet werden soll. Das Zollregime muß gründlich geändert werden, weil das heutige Zollregime nur ein fiskalisches Interesse kennt und auf die nationale Wirtschaft keine Rücksicht nimmt. Diesen Forderungen hat Vintila Bratianu bisher nicht zugestimmt, da er — in Voraussahnung einer Niederlage der liberalen Partei — die Aufstellung gemeinsamer Listen für Liberale und Agrarier forderte. Der Wiederzusammentritt des Parlamentes ist auf den 7. Dezember festgesetzt, ein Datum, das für die weitere Entwicklung Rumäniens entscheidend werden kann. Vielleicht kann es der Tag eines endgültigen Sturzes der Dynastie Bratianu werden.

Der frühere Magdeburger Polizeipräsident z. D. Krüger hat sich in seiner Wohnung in Magdeburg erschossen. Es muß ein seelischer Zusammenbruch vorliegen, da irgendwelche Gründe zu einem Selbstmord nicht vorhanden sind.

Eine Stresemannrede in Nürnberg.

⊖ **Nürnberg**, 2. Dez. In einer anläßlich der Wahlkreistagung der Deutschen Volkspartei veranstalteten öffentlichen Versammlung sprach am Freitag abend Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Er setzte sich zunächst mit den Kritikern aus der nationalliberalen Landespartei in Bayern und ihren Führern auseinander, verteidigte die Außenpolitik der letzten Jahre und verwahrte sich gegen die Auffassung der bayerischen vaterländischen Verbände, daß denjenigen, die mit Marxisten zusammengingen, der schärfste Kampf angesagt werden müsse. Als 1923 die Sozialdemokratie in Zeiten des Zusammenbruches die Verantwortung mit übernahm, sei man in Deutschland heilsfroh gewesen. Dr. Stresemann wandte sich weiter gegen das Schlagwort von der internationalen Versklavung Deutschlands und unterstrich die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers Curtius im Reichstage. Es sei klar, daß man in Deutschland eine schrankenlose Überschreitung der Voranschläge der Regierung durch parlamentarische Rücksichten verhindern müsse. Die Verantwortung müsse bei der Regierung liegen und das Parlament dürfe nicht aus Popularitätsrücksichten die Gefahren, die in einer solchen Entwicklung liegen, steigern. Hinsichtlich der Kritik des Reparationsagenten an der deutschen Finanzgebarung führte der Redner aus, daß diese Kritik insoweit vollkommen unberechtigt sei, als sie sich mit den in Ausführung des Friedensvertrages Deutschland auferlegten Zahlungen beschäftige. Die Entschädigung der liquidationsgeschädigten Deutschen könne man nicht zum Gegenstand einer Kritik machen. Der Minister forderte ferner eine Ermäßigung des Übermaßes der Lasten für die Wirtschaft. Das sei kein leichtsinniger Verzicht auf Steuereinnahmen, sondern eine Rücksichtnahme auf die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft auf dem Auslandsmarkt.

Auf das Verhältnis zwischen Reich und Ländern übergehend, betonte Dr. Stresemann, daß die Entwicklung seit dem Kriege in der Kompetenzverteilung zwischen Reich und Ländern die Existenzfähigkeit einzelner Länder bedroht habe. Die Verfassung dürfe kein Hinderungsgrund für eine gesunde Entwicklung sein. Die Länder, die Reichsländer werden wollen, dürften daran nicht gehindert werden. Wenn alle Länder Deutschlands von dem Willen beseelt wären, ihre Selbständigkeit aufzugeben, so würde er das begrüßen. Aber es dürfe auch kein Staat hierzu gezwungen werden, da ein solcher Zwang uns leicht eine geistige Main-Linie schaffen würde, die wir erfreulicherweise überwunden hätten. Unbedingt notwendig sei jedoch eine Einheitlichkeit des deutschen Verkehrswesens und die unbedingte Zusammenarbeit in großen Fragen unter Führung des Reiches.

In seinen Schlußausführungen wies Dr. Stresemann die Fragestellung eines deutschnationalen Abgeordneten „Deutsch oder international, rechts oder links", zurück. Im Laufe der Entwicklung habe sich gezeigt, daß nur die Parteien eine Berechtigung hätten, die praktische Arbeit zu leisten in der Lage gewesen wären. Was wir vor allem brauchten, sei eine einheitliche Außenpolitik, da der einheitliche Wille das einzige ethische Machtmittel eines machtlosen Volkes sei.

Stahlhelm und Dr. Stresemann.

‡ **Magdeburg**, 2. Dez. Der Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten hatte heute zu einer großen Versammlung im Magdeburger Kristallpalast eingeladen. Der Vorsitzende des Stahlhelm, Franz Seldte, ging auf die Geschichte und die Wandlungen des Stahlhelm ein bis auf heute, wo der Satz gelte: „Der Stahlhelm ist politisch geworden." Wir wollten es zunächst nicht, so sagte Seldte, man hat uns gezwungen, politisch zu werden, und nun wollen wir es bewußt ganz sein und danach handeln. Hierauf ging der Redner auf die deutsche Politik und die Stellung des Stahlhelm dazu ein. Seldte erklärte u. a., es habe sicher dem braunschweigischen Stahlhelmführer, auf dessen Rede Dr. Stresemann geantwortet habe, ferngelegen, ein Werturteil zu fällen. Nachdem Seldte mitgeteilt hatte, daß er gestern aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten sei und daß er zu gleicher Zeit auch aus anderen Organisationen ausgetreten sei, begründete er diesen Schritt damit, daß er als Führer des Stahlhelms frei sein wolle. Ich wünsche, sagte Seldte, keine Abrechnung Dr. Stresemanns mit dem Stahlhelm, noch wünsche ich vom Stahlhelm aus eine Abrechnung mit Dr. Stresemann.

Reichstagsabgeordneter Luther?

b **Berlin**, 3. Dez. Wie verlautet, besteht innerhalb der örtlichen Organisation der Deutschen Volkspartei die Absicht, den Reichskanzler a. D. Hans Luther als Reichstagskandidaten im Wahlkreis 22 (Düsseldorf-Ost) aufzustellen, und zwar soll Luther an zweiter Stelle hinter dem Staatssekretär a. D. Kempkes kandidieren.

Ältestenrat des preußischen Landtages.

vdz **Berlin**, 3. Dez. (Tel.) Der Ältestenrat des preußischen Landtages beschloß, in der kommenden Woche bis Mittwoch Vollsitzungen abzuhalten. Zur Behandlung stehen zahlreiche Anträge. Der Gesetzantrag, anstelle der neuen Landgemeindeordnung ein besonderes Gesetz zu schaffen, das die Gutsbezirke aufhebt, die Wahl der Landbürgermeister einführt und die rheinischen Gemeindevorsteher zu Gemeindevorständen erklärt, soll am Dienstag beraten werden, am Montag, dem 12. Dezember, soll dann die Besoldungsneuregelung und am 14. Dez. der Haushalt in Angriff genommen werden. Die Beratung der Kommunalreform noch vor Samstag vorzunehmen, wurde abgelehnt.

Die Ansprüche der früheren standesherrlichen Inhaber von Bergregalen.

♂ **Berlin**, 2. Dez. Das preußische Staatsministerim hat dem Landtag in Ausführung eines Landtagsbeschlusses vom 11. Dezember 1926 jetzt ein Gutachten über die geltenden Ansprüche der früheren standesherrlichen Inhaber von Bergregalen in Preußen übersandt. Das Gutachten verweist darauf, daß die Rechte und Ansprüche der Inhaber der standesherrlichen Bergregale durch ein preußisches Ausführungsgesetz zum Artikel 155 Abs. 4 der Reichsverfassung auf eine völlig neue Rechtsgrundlage gestellt worden seien. Heute beruhten die Ansprüche und Rechte der Regalherren nicht mehr auf dem Regal selbst, sondern künftig hin könnten die in Betracht kommenden früheren Standesherren Ansprüche nur noch erheben, soweit ihnen solche in den mit dem Preußischen Staat abgeschlossenen, wesentliche Bestandteile des Gesetzes vom 19. Okt. 1920 bildenden Verträgen verblieben sind. Ein Zusammenhang zwischen den Rentenabfindungen aus dem Gesetz vom 19. Oktober 1920 und der in Durchführung begriffenen preußischen Fürstenabfindung, besteht nur insoweit, als es sich um die Frage handelt, ob, und gegebenenfalls, in welcher Höhe die Renten der früheren Standesherren und depossedierten Fürsten aufzuwerten seien. Diese Frage bilde gegenwärtig den Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung, bei denen die auf dem Gesetz vom 19. Oktober 1920 beruhenden „Bergregalrenten" miterörtert werden.

Zentrum und deutsche Wirtschaftspolitik.

Bei der Wirtschaftsdebatte im Reichstage hat am Freitag als erster Redner der Zentrumsabgeordnete Lammers gesprochen. Sein Vortrag, der vom sich immer mehr füllenden Hause mit steigender Spannung entgegengenommen wurde, behandelte, ausgehend von der sozialdemokratischen Interpellation, den Gesamtkomplex der Wirtschaftspolitik. Lammers führte etwa folgendes aus:

Die Handelsbilanz mit ihrer Passivität erinnert uns daran, daß unser Land nicht nur eine innere Wirtschaft hat, sondern an die Weltwirtschaft angeschlossen ist, und nicht nur mit eigenen Produktionsfaktoren, sondern auch mit den Produktionsfaktoren der anderen Länder zu rechnen hat. Zwar hat das Gesamtvolumen unserer Handelsbilanz nach dem Tiefstand der letzten Jahre jetzt den Friedensstand wieder erreicht, — der Produktionsindex steht auf 106 Prozent — aber die Analyse der Produktion offenbart wesentliche Differenzen gegen die Friedenszeit und Gefahrenmomente, welche höchste Aufmerksamkeit für sich in Anspruch nehmen.

Zunächst ergibt die Analyse, daß

die Kapitalseite der Wirtschaft

gegenüber der Vergangenheit vollständig verankert liegt. Die Tatsache des Verlustes von einem erheblichen Teil unseres eigenen Produktionskapitals macht Auslandskapital zur Stunde und für die nächste Zukunft noch unentbehrlich. Wir müssen es also hereinnehmen, aber wir müssen zugleich hinsichtlich seiner Verwendung und hinsichtlich der Bedingungen sorgfältig unterscheiden. Diese Prüfung hat ja auch in der letzten Zeit lebhafte Diskussionen über Einzelfragen herbeigeführt, wie die Frage der kommunalen Auslandsanleihen.

Die landwirtschaftliche Produktion

gibt immer wieder zu Untersuchungen und zu Beratungen Anlaß. In etwa entspricht der landwirtschaftl. Einfuhrüberschuß der Passivität unserer Handelsbilanz. Die gründliche Untersuchung, welche zur Zeit in der Enquete stattfindet, ist noch nicht zum Abschluß gelangt. Aber schon jetzt läßt sich sagen, daß sie dem Fragenkomplex Klarheit und Fingerzeige gibt. Der Nachdruck liegt auf der Produktivität. Ansätze zur Pflege der Produktivität sind gegeben: die Entschuldungsmaßnahmen, die Siedlung, die Pflege der landwirtschaftlichen Bildung. Umgekehrt gibt es Symptome, die gerade in unserer Fraktion zu großer Sorge Veranlassung geben: die Landflucht der Jugend, die manchmal sogar von den Eltern in ihrer Sorge um die Zukunft der Jugend gefördert wird. Hiergegen kann nur durch Pflege des geistigen Lebens in den Landgemeinden, also insbesondere durch die Verbesserung der Berufsschulen wesentlich gewirkt werden. Anstatt die städtischen Lehrerstellen finanziell zu bevorzugen, sollte man geradezu umgekehrt die landwirtschaftlichen Lehrerstellen hegen. Es wäre Sache des Landwirtschaftsministeriums, in dieser Beziehung aufzubauen. Denn Politik ist nicht nur eine zougovernementale Angelegenheit, sondern eine Angelegenheit der Führung, der Richtunggebung und der Bildung neuer Form. Auch unsere Siedlungspolitik muß scheitern, selbst bei billigen Zinssätzen, wenn der Kapitalaufwand für Siedlungen zu hoch ist, in einzelnen Fällen so hoch bei altem Kulturland. Im ganzen kommt aber auch hier die entscheidende Wendung aus der eigenen Kraft.

Der Redner wendet sich sodann zur

Export-Seite der Wirtschaft

und verweist darauf daß der Träger der Devisenbeschaffung die deutsche Fertigindustrie ist. Export hat Voraussetzungen. Wesentlich, oft zu wenig beachtet, ist die psychologische Voraussetzung eines guten Verhältnisses zum andern Volk. Verfeindete Länder sind auch handelspolitisch in ihren Beziehungen schwer gehemmt. Unsere Handelsvertragspolitik ist erfreulich vorangeschritten; aber es wäre ein völliger Irrtum, zu glauben, sie sein zu Ende. Die Genfer Beschlüsse über den Abbau der Hochschutzzölle und der internationalen Austauschhemmnisse haben sich noch nicht ausgewirkt und sind schon in Gefahr, vergessen zu werden. Und dennoch liegt gerade in solchen internationalen Klärungen der Schlüssel für ein realpolitisches Vorgehen; hat doch Loucheur anerkannt, daß ohne die Genfer Grundsätze ein derartiger deutsch-französischer Handelsvertrag, wie wir ihn geschlossen haben, nicht möglich gewesen wäre. Protektionistische Zollpolitik ist in Zukunft besonders gefährlich. Alle zollpolitischen Maßnahmen müssen den Aspekt der Weltmeinung festhalten.

Denn es gilt im Ganzen, daß der Absatz zur Produktion hinzukommen muß. Eine gradlinige Entwicklung des Auslandsabsatzes wird aber leichter erreicht durch eine linienfichere, den internationalen Verkehr erleichternde Politik; einzelne protektionistische Maßnahmen stören diese Linie und schaden dadurch mehr, als sie der protegierten Warengruppe nützen.

Sodann ging der Redner auf

die Frage der Preisbildung

ein. Er führte im Anschluß an seine Bemerkungen der Abhängigkeit jedes Landes von der Weltwirtschaft aus, daß die isolierte Gegenüberstellung von irgendwelchen Lebenshaltungs- oder gar Warenindexes und Einkommensmaßstäben aus dem Inland notwendig unzulänglich ist und zu katastrophalen falschen Schlüssen führen können. Der deutsche Index in dem letzten Jahre ist nach den bekannten Ziffern gestiegen. Aber die Bedeutung bekommt diese Tatsache erst, dadurch, daß in der gleichen Zahl insbesondere der amerikanische Index fiel. Eine Angleichung dieser Indexes lasse ja mit keinem Mittel verhindern. Aber, so sagte der Redner, wird sind verloren, wenn die Tendenz dieser Linien, d. h. Verbilligung in den Vereinigten Staaten, Verteuerung in Deutschland nun über die erfolgte Angleichung hinaus wesentlich weitergeführt würde.

Im Anschluß an diese Betrachtungen fragte Lammers: Inwieweit ist ein Ministerium befähigt, außerhalb des Verwaltungsmäßigen initiativ zu wirken. Er stellte in den Vordergrund die Möglichkeit, durch Aufstellung von Wirtschaftspostulaten und durch Zusammenbringen der Wirtschaftspersönlichkeiten die hinderlichen Einzelaktionen gegeneinander zu beseitigen, um zu konstruktiven Arbeiten zu kommen.

Äußerst scharf wendet sich der Redner gegen Mißbräuche, welche im Verkauf bereits vorgekommen sind dadurch, daß allzu betriebsame Verkäufer dem Publikum Waren mit dem Wink: es handelt sich um Sachwerte" empfehlen. Wer die psychologische Vertrauensgrundlage unserer Währung antastet, versündigt sich am Vaterland.

Die Betrachtung des Inlandmarktes gab Veranlassung, auf die Wirkung der Beamtenbesoldung in dieser Beziehung einzugehen. Zusätzliche Mittel, wie sie eine Besoldungsreform in den Verkehr bringt, bedeuten nur dann eine Anregung für die Wirtschaft, wenn der Innenmarkt einer solchen Anregung bedürftig ist. Ist er es aber nicht, so schädigt die zusätzliche Kaufkraft den Auslandsabsatz. Der Reallohn und der Realgehalt, nicht die ausgezahlte Summe, bedeuten das Einkommen.

Der Redner schließt sich den Ausführungen des Arbeitsministers Dr. Brauns an, der für den Arbeiter Anteil an dem Rationalisierungsertrag verlangt, der auf der anderen Seite auch für den Unternehmer Beschneidung in seinem Gewinnanspruch verlangt. Rationalisierung hat ihre Grenzen einmal durch den von ihr verlangten Kapitalbedarf, dann aber auch durch die Abnahmefähigkeit des Inlandes und Auslandes. Diese Erwägung hat für verschiedene Gebiete der Wirtschaft praktisch natürlich sehr verschiedene zeitliche Bedeutung. Es gibt viele Gebiete, in denen die Produktion noch bedeutend gesteigert werden kann. Auf den Gebieten, wo Produktion und Absatz gewisse Grenzen finden, ist

die Frage des Kartells

von besonderer Bedeutung. So, wie manche Kartelle ihre Aufgabe sehen, nach den Feststellungen des Enquete-Ausschusses, kann es nicht weitergehen. Die Kartelle müssen nicht starre Gebilde zur Festhaltung der Preise und zur einseitigen Pflege zeitlich gegebener Interessen sein, sondern sie müssen, wie das einzelne schon tun, ihr Augenmerk auf den gesamten Wirtschaftsvorgang ihres Gebietes lenken, flüssig bleiben. Es ist unzulänglich, wenn die Regierung sich inbezug auf die Kartelle darauf beschränken würde, restringierende Maßnahmen zu treffen, kartellgerichtliche Untersuchungen anzustellen. Nein, wir müssen uns an das amerikanische Vorbild halten, wo Hovers' positive Produktionspolitik große Früchte gebracht hat. Ausgegangen von dem Kriegszustand, hat er durchgesetzt, daß nun auch im Frieden die einzelnen Fabriken sich in die Produktionsaufgaben teilen, also nicht jede möglichst viele Gegenstände ihrer Branche herstellt, sondern jede nur einen oder einige, immer aber mit der allerhöchsten Ökonomie. Nicht nur die Unternehmer selbst, sondern insbesondere die Öffentlichkeit hat durch die so erreichte Steigerung an Qualität und Ökonomie der Produktion die Früchte dieses Tuns.

Zurückkommend auf

die Frage der Auslandsanleihen

verlangt Lammers mit Entschiedenheit, daß der Rahmen der produktiven Verwendung nicht zu eng gezogen werden darf; aber er verlangt auch andererseits von den Kommunen Rechnungslegung über ihre Haushaltsführung. Denn der einheitliche Haushalt läßt sich nicht mit Rücksicht auf Auslandsanleihen in produktive und nichtproduktive Sparten zerlegen, sondern die Basis für eine Anleihe ist wesentlich dann gegeben, wenn die Haushaltsführung selbst im Ganzen genommen solide und damit produktiv ist. Mit steigender Spannung des Hauses und mit seiner lebhaftesten, durch viele Zurufe bestätigten Zustimmung beklagt Lammers, daß die verantwortlichen und angesehenen Wirtschaftspersönlichkeiten auch jetzt wieder aus Anlaß der Auslandsanleihen und der Kritik des Reparationsagenten ihre Meinungsverschiedenheiten in öffentlichen Reden unter Übertreibung zum Austrag bringen, statt sie in persönlicher Begegnung in Unterordnung der vaterländischen Interessen untereinander zu klären. Die Diskurse der letzten Zeit sind unmöglich. Das Parlament hat, um insbesondere die Frage von Reparationen und Transfer vor der Gefahr ressortmäßiger Zerspaltung zu befreien, einen besonderen Ausschuß dafür gebildet. Alle beteiligten Verantwortlichen und Maßgebenden sollen nicht vergessen, welche Auswirkungsmöglichkeiten aus der Tatsache hervorgehen, daß die deutsche Regierung nicht nur in erster Linie für die Aufbringung der Reparationen, sondern, wenn auch in beschränkterem Maße und natürlich im Rahmen der dafür gegebenen Möglichkeiten für die Erleichterung des Transfers verantwortlich gemacht werden kann.

Die Wirtschaft bedarf der Kooperation.

In der Vergangenheit fehlte es daran. Auch die beste Regierung könnte nicht fruchtbar arbeiten, wenn das System des gegenseitigen Pflege zeitlich gegebener Interessen sein, sondern sie kämpfung von Klassen, Ständen und Organisationen nicht abgebaut wird. So sei stverständlich die Organisation von Interessengruppen ist, — die Übersteigerung wird zu gefährlichem Unfug. Es handelt sich um die Beziehung von Mensch zu Mensch in der Wirtschaft und die Atmosphäre in den Betrieben. Am Beispiel der Tabakarbeiter-Aussperrung zeigt Lammers, wie unmöglich es ist, daß wegen eines verhältnismäßig kleinen Zwischenfalles in der sächsischen Tabakindustrie plötzlich Belegschaften von ganz anderen Gegenden, die in vollem Arbeitsfrieden leben, einfach durch die Macht der Organisation von heute auf morgen ausgesperrt werden. Hier stimmt etwas nicht. Die Übersteigerung des Schematisierens sowohl in der Tarifbildung wie in den übrigen Fragen der Begegnung zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum ist erheblich größer als man annimmt. Menschliche Begegnung der Verantwortlichen, aber daneben nicht minder Selbstdisziplin der Verantwortlichen, auch in öffentlichen Reden, sind für die Zukunft der Wirtschaftspolitik von entscheidender Bedeutung.

Der französische Kriegsetat soll um 1,5 Milliarden erhöht werden.

+ **Paris**, 2. Dez. Die Kammer beschäftigte sich heute mit dem auf 6158 Millionen Franken bezifferten und gegenüber Vorjahr um 1½ Milliarden erhöhten Etat des Kriegsministeriums. In der Etatsdebatte wurde von radikal-sozialistischer Seite wieder darauf hingewiesen, daß Frankreich für sein Heer weniger ausgebe, als Deutschland für seine 100 000 Mann. Auch der Redner der republikanischen Union glaubte von einem den Dawesplan und den Frieden bedrohenden Anschwellen des deutschen Etats sprechen zu müssen. Es wurde natürlich wieder ganz übersehen, daß Deutschland ein Söldnerheer, Frankreich ein Volksheer hat. Die Kommunisten verlangten die Streichung der Repräsentationsgelder der Marschälle von Frankreich. Gegen die Reservisteneinberufung brachten die Kommunisten, Sozialisten und Republikaner Anträge ein, die aber mit 338 zu 198 Stimmen abgelehnt wurden. Kriegsminister Painlevé erklärte, daß die Reservistenübungen unter keinen Umständen fallen gelassen werden dürften. Die französische Armee sei eine Macht im Dienste des Friedens. Alles, was ihr materiellen oder moralischen Schaden bringe, sei ein Verbrechen gegen den Frieden. Zum Schluß stellte Painlevé im Namen der Regierung die Vertrauensfrage. Er fügte noch hinzu, daß, wenn Briand dieser Sitzung beiwohnen würde, er auch für die Reservistenkredite stimmen würde. Ausführlich wurde auch die mobile Gendarmerie besprochen, die von kommunistischer Seite als ein Armeebestandteil mit 15 000 Mann bezeichnet wurde.

Die Debatte über den Etat des Kriegsministeriums wird am Montag fortgesetzt.

Ein Lewin-Denkmal in Zaragoza.

Madrid, 27. Nov. (Eig. Meldung.) Gestern wurde in Zaragoza ein Denkmal für den vor einigen Jahren verstorbenen deutschen Konsul Leopold Lewin feierlich eingeweiht. Die Idee, diesem für die Förderung der deutsch-spanischen Beziehungen außerordentlich verdienten Manne ein Ehrenmal zu setzen, ging von den führenden Wirtschaftskreisen Nordspaniens aus. Lewin ist der Begründer der spanischen Zucker- und Alkoholindustrie, sowie der Bank von Aragon, und hat sich besonders während des Krieges um die deutsche Sache außerordentlich verdient gemacht. Die Feier selbst, bei der der deutsche Botschafter durch den Legationssekretär Dr. Hüffer vertreten war, und der außerden oben erwähnten spanischen Kreisen die führenden Leute der deutschen Wirtschaft in Spanien beiwohnten, gestaltete sich zu einer deutsch-spanischen Freundschaftsfeier, bei der besonders die Reden des Zivilgouverneurs von Zaragoza und des verdienten Pfarrers Gillin, die Notwendigkeit einer Weiterarbeit an der Engergestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern betonten, und warme Worte der Anerkennung für Deutschlands Leistungen und Arbeitskraft enthielten. Besonders hervorgehoben soll die Anwesenheit des Chefredakteurs der „Gazete del Norte" werden, dessen Zeitung während des Krieges in hervorragendem Maße der deutschen Lage gerecht geworden ist und eine der schärfsten Verteidiger der spanischen Neutralität war.

Der italienische Anarchist Malaspina, der im Zusammenhang mit der Hinrichtung Saccos und Vanzettis in Juan Les Pins seinerzeit einen Bombenanschlag verübt und in Lüttich zwei Italiener niedergeschossen hatte, wurde in Ludelingen von der luxemburgischen Polizei verhaftet.



Der polnische Ministerpräsident Pilsudski,

dessen Interview über die litauische Frage gegenüber der polnischen Telegraphen-Agentur als Ultimatum an den Völkerbundsrat aufgefaßt wird, alle Forderungen der polnischen Note zu erfüllen.

Das größte Krebsforschungsinstitut der Welt.

Von Universitätsprofessor Dr. med. Haberland-Köln,
zur Zeit Buenos-Aires.

In allen Kulturstaaten wird emsig an der Erforschung der Krebskrankheit gearbeitet, über deren Entstehung wir noch keine positiven sicheren Anhaltspunkte haben. Die einzelnen Gelehrten versuchen in verschiedener Richtung dieses Gebiet zu erforschen. Der hervorragende argentinische Gelehrte Professor Dr. Rosso hat einen Weg eingeschlagen, der für dieses Gebiet als vorbildlich gelten darf: nicht in einer Richtung forschen, sondern sämtliche Möglichkeiten zur Bekämpfung dieser furchtbaren Erkrankung zusammenzufassen. Sein Organisationstalent schuf aus Nichts das größte und besteingerichte ste Institut für Krebsforschung der Welt in Buenos-Aires.

Uns Deutschen interessiert die Persönlichkeit Rossos um so mehr, als er vorwiegend in Deutschland seine wissenschaftliche Ausbildung erhielt. In dankbarer Anhänglichkeit an Deutschland bezog er einen großen Teil der Apparate von deutschen Fabriken. In seinem Institute sind deutsche Mitarbeiter, Laboratoriumsdiener und Krankenschwestern tätig, Bilder von Koch, Orth u. a berühmten deutschen Gelehrten zieren die Wände.

Das Rossosche Institut besteht zur Zeit aus vier großen Gebäuden, in einem schönen Park gelegen. Das Hauptgebäude umfaßt die Hospitaleinrichtung für krebskranke Männer und Frauen, Untersuchungsräume, Operationssaal, Behandlungszimmer und dergleichen. Auf Rossos Betreiben ist Argentinien in einzelne Bezirke eingeteilt, in denen seine Schüler die Aufgabe haben, sämtliche Krebskranke oder Krebsverdächtige sofort nach Buenos-Aires in das Institut zu senden. Die Reise dieser Patienten, oft weit vom Inneren des Landes aus, erfolgt kostenlos, ebenso die Untersuchung und Behandlung. Eine ähnliche, mehr aufklärende Organisation über die Krebskrankheit bei Frauen, wurde vor dem Kriege in Ostpreußen durch den berühmten Königsberger Gynäkologen Geheimrat Winter geschaffen, die äußerst wohltätig wirkte. Denn je eher ein Krebskranker in richtige ärztliche Behandlung kommt, desto günstiger liegen für ihn die Aussichten auf erfolgreiche Heilung.

Ein anderes Gebäude beherbergt die Laboratorien und Bestrahlungsapparate. Die Röntgentiefentherapie und andere physikalisch-medizinische Rüstzeuge, stets nur die neuesten Apparate, finden ausgedehnte Anwendung bei der Behandlung.

Einen breiten Raum nimmt die experimentelle Krebsforschung ein, die künstliche Erzeugung einer Krebswucherung bei den verschiedenen Tieren und Pflanzen. Eine andere Abteilung ist der Serumuntersuchung eingeräumt. Die von Rosso erfundene Reaktion, durch Blutuntersuchung festzustellen, ob eine Krebskrankheit vorliegt, arbeitet mit 85 Prozent Sicherheit. Große Anlagen für Stoffwechseluntersuchungen der an Carcinom (Krebs) leidenden Patienten, Vorrichtungen zur Erforschung der Lebensweise einer Krebszelle, ein bakteriologisches, pathologisch-anatomisches, chemisches Laboratorium usw. vervollständigen diese mustergültige Anstalt. Die reichhaltige Bibliothek enthält sämtliche Bücher, Zeitschriften und neuesten Arbeiten auf dem Gebiete der Krebsforschung und Krebskrankheiten aus allen Ländern. Ein deutscher Gelehrter leitet diese Bücherei und referiert sofort die neu eingetroffenen ausländischen Arbeiten über Krebs ins Spanische, damit sie auch allen anderen argentinischen Aerzten zugänglich sind.

Diese großzügige, zusammenfassende Forschungsarbeit hat bereits bedeutende Ergebnisse gezeitigt. Durch Privatstiftungen gelang die Gründung und der weitere Ausbau dieses größten Krebsforschungsinstitutes der Welt, welches zu seiner Unterhaltung jährlich 250 000 Pesetos benötigt. Wir dürfen stolz sein, daß die deutsche Wissenschaft so befruchtend auf diesen genialen südamerikanischen Forscher Prof. Rosso gewirkt hat.

Heimat.

Skizze von Elisabeth v. Aster.

Rositas Jugendland war Brasilien. In ihre Kinderträume hinein hatten Palmen gerauscht, helle, flache Häuser geleuchtet und weit hinten, über den Plantagen, der breite, fröhliche Strom. So wie die südliche Sonne über ihrer Kindheit strahlte, so lag diese besonnt von zärtlichster Vaterliebe, behütet von einem Troß beflissener Diener.

Hier in Deutschland, des Vaters Heimat, war alles anders' Ungern war Rosita dem Vater gefolgt, dessen Geschäfte die Uebersiedlung forderten. Sie begann schon im Nebel der Hafenstadt zu kränkeln; ungestüm sehnte sie sich nach Wärme, nach dem ungebundenen Leben des Südens, und in ihre Träume rauschte der silberne Strom, sangen Palmen im Küstenwind...

Als Rosita kränkelnd blieb, schickte sie der Arzt in milderes Klima, an den blauen südlichen Golf. Auf seinem hellen Gestade lag Italiens Sonne, auf den Bergen, welche die Bucht umkränzten, leuchteten weiße Häuser, grünten Oliven, und golden schimmerten des Südens Früchte. Rositas Wangen blühten erneut, ihre Lebenskraft kehrte zurück; ihr Liebreiz gewann Freunde, lockte Bewerber. Leicht flossen ihre Tage dahin, leicht schloß sie den Bund fürs Leben mit dem Grafen Luigi.

Der unerwartete Tod des Vaters löste in dieser glückvollen Zeit kaum den Schmerz in Rosita aus, wie es unter anderen Lebensverhältnissen bestimmt der Fall gewesen wäre. Befriedigt trat Graf Luigi mit seiner jungen Frau die Erbschaft des alten Konsuls oben im unwirtlichen Norden an. Rositas Sachwalter, ein entfernter Verwandter, ordnete alles, hielt jegliche Unbequemlichkeit fern und wurde zum nie erschöpfenden Goldquell der jungen Häuslichkeit.

Wieder flossen Rositas Tage leicht und glücklich dahin, obwohl Luigis Besitz im südlichen Italien ihr durch seine Baufälligkeit, Verwahrlosung und völligen Mangel an Bequemlichkeit die erste Enttäuschung bereitet hatte. Man baute nun um, verbesserte, schaffte neu an. Als endlich eine ruhigere Zeit für Rosita kam, litt sie unter der häufigen Abwesenheit ihres Gatten, der ihr auf ihre Vorwürfe erklärte, daß er nunmehr endlich das Leben führen wolle, das ihm durch Namen und Heirat zukomme. Rosita ließ ihn gewähren, denn sie liebte ihn; doch besaß sie nicht die Kraft, einer gewissen schmerzlichen Ernüchterung Herr zu werden. Der lockere Lebenswandel grub alsbald harte Linien in des Grafen Antlitz; schon nach wenigen Jahren war er nicht mehr der schöne Mann, der er gewesen, als sie ihn heiratete.

An stillen Abenden, wenn der Sirocco ruhte, ging Rositas Denken ungewöhnliche Wege. Sie dachte des Vaters, dessen Glück Heimat und Familie gewesen. Heimat — Rosita hatte keine Heimat! Oder war das weiße, aus dem Grün lugende Haus in der nordischen Hafenstadt ihre Heimat? In Rositas Träume rauschte nicht die Woge des blauen Golfs, auch nicht der fröhlich dahinziehende Strom ihrer Jugend, kurze, flinke graue Wellen klatschten an Schiffsrumpfe, an eilige Boote, raunten von Fleiß und Schaffen, während helle Sirenen das Lied der Arbeit sangen. Quirlendes Leben, Pulsschlag der geschäftigen Hafenstadt zogen durch Rositas Träume...

Den Tod des Gatten, der im Rausch einem Unfall zum Opfer fiel, trug Rosita ergeben und stark. Doch lebte sie nach dieser Zeit noch einsamer. Selten nur drangen Laute aus der Welt zu ihr, so vor allem die Briefe des Sachwalters, der einst ihres Vaters Freund war und nun ihr Erbe betreute. Die Briefe fesselten Rosita trotz ihrer Kürze. Es kam die Zeit, wo sie unruhig diese Briefe erwartete. Einst, als der südliche Frühling in üppigster Fülle um Rosita blühte, bat sie den Sachwalter, zu kommen, deutschem Winter zu entfliehen. Er antwortete: Erster Lenzhauch weht über die Felder, grüner Schimmer umspinnt Busch und Baum. Ich warte auf den deutschen Frühling..."

Immer wieder las Rosita diesen Brief, er ließ ihrem Denken keine Ruhe. Ihr Frühling hier im Süden war vorüber, doch in Deutschland wartete ihrer der Lenz! Nicht in verschwenderischer Blütenpracht, nicht in betäubender Duftfülle. Zart und fein, in schöner Innigkeit kam dort drüben der Frühling.

In Hast ließ Rosita ihre Koffer packen, schnell und unvorbereitet verließ sie den Landsitz.

An einem linden Märztage, dessen stilles Licht über der weiten Ebene lag, standen sich Rosita und Ludwig Stein in der Halle des weißen Hauses zum ersten Male gegenüber. Allem Dank wehrte der hochgewachsene Mann mit den Worten: „Ich tat nur meine Pflicht." An seiner Seite durchschritt Rosita des Hauses Räume. Sie sahen die Heimgekehrte an, als sei sie niemals fortgegangen. Warmes Gefühl von Zugehörigkeit, von Heimat weckten sie in ihr. Heimat war alles ringsum, verlorene und doch wiedergefundene Heimat! „Heimat" rauschten die knospenden Bäume, „Heimat" sangen die flinken, kurzen Wellen des Hafens.

„Veranlassen Sie den Verkauf meines Besitzes in Italien", sagte Rosita nach einigen Wochen zu Ludwig Stein, dessen Augen bei diesen Worten freudig aufleuchteten. Rosita sah es wohl. Sie standen zusammen auf der Terrasse, die zum schön gepflegten Garten hinunter ging. Ringsum blühte und grünte der deutsche Frühling im mildstrahlenden Sonnenschein. Auch in ihren Herzen grünte und sproßte es. Rosita wußte und fühlte, daß hier in der Heimat auch für sie noch ein Frühling kommen würde. Zart und fein, in schöner Innigkeit...

[Professorenaustausch.] Der Ordinarius für deutsche Philologie an der Frankfurter Universität Dr. Hans Naumann hat zu der Einladung nach Chikago jetzt auch noch den Ruf auf die Karl Schurz-Professur der Universität Madison (Wisconsin) erhalten, die zuletzt Hans Driesch inne gehabt hat. Prof. Naumann, der aus Görlitz gebürtig ist, lehrte früher in Straßburg und Jena.

[Abgelehnte Rufe.] Wie wir hören, haben Rufe abgelehnt: Prof. Dr. Hermann Junker in Wien auf den Lehrstuhl der Aegyptologie in Bonn und Professor Dr. Erich Tiede in Berlin nach Frankfurt a. M. Tiede sollte die Abteilungsvorsteherstelle am Frankfurter Chemischen Institut als Nachfolger von Prof. Sieverts übernehmen.